



Zinskommentar

01.09.2026

Weltweit steigt die öffentliche Verschuldung derzeit sowohl relativ zur Wirtschaftsleistung als auch in absoluten Zahlen. Gleichzeitig hat sich die Zinslast strukturell erhöht, da auslaufende Anleihen zunehmend zu teureren Konditionen refinanziert werden müssen. Diese Kombination aus wachsendem Schuldenberg und steigenden Finanzierungskosten setzt Staatshaushalte rund um den Globus zunehmend unter Druck. Erfahren Sie in der heutigen Ausgabe des Zinskommentars, ob die öffentlichen Schulden zunehmend zu einem globalen Problem werden könnten.

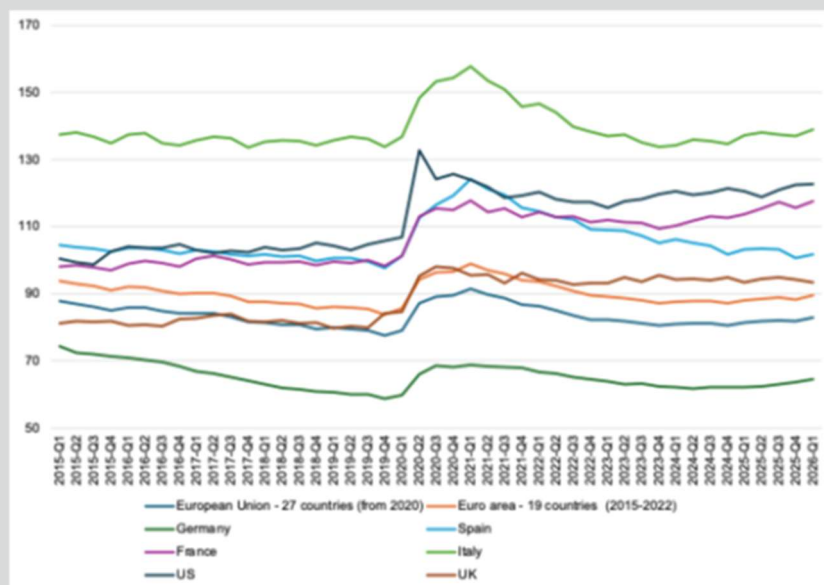
Ersticken wir an öffentlichen Schulden?

Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung diesseits und jenseits des Atlantiks: In den USA liegt die Schuldenquote mittlerweile bei rund 125 Prozent des BIP. Wie das US-Finanzministerium erläutert, wächst die Zinslast auf die ausstehenden Bundesschulden mit der Höhe der Schulden tendenziell mit, sodass die Zinsausgaben inzwischen einen wachsenden Anteil am Bundeshaushalt beanspruchen, Geld, das an anderer Stelle für Investitionen oder Sozialleistungen fehlt. Übersteigt der Schuldendienst die verfügbaren Einnahmen, entsteht ein Defizit, das wiederum über neue Kreditaufnahme finanziert werden muss, eine sich selbst verstärkende Dynamik, die längst nicht mehr nur die USA betrifft.

In der Eurozone lag die durchschnittliche Schuldenquote laut Eurostat zum Ende des vierten Quartals 2025 bei 87,8 Prozent des BIP, nach 88,4 Prozent im Quartal zuvor. Das Bild bleibt jedoch höchst heterogen: Frankreich verzeichnete mit 115,6 Prozent einen der höchsten Werte im Euroraum und lag damit 2,9 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau, verschärft durch anhaltende politische Instabilität und wiederholtes Scheitern an tragfähigen Konsolidierungsplänen. Spanien kam demgegenüber auf 100,7 Prozent, nachdem die Quote binnen eines Quartals um 2,5 Prozentpunkte gesunken war. Ein Rückgang, der vor allem robustem Wachstum zu verdanken ist. Deutschland erscheint mit 63,5 Prozent des BIP noch vergleichsweise solide, doch die Sondervermögen für Infrastruktur und Verteidigung dürften diesen Puffer in den kommenden Jahren spürbar aufzehren. Das Vereinigte Königreich, das nicht Teil der Eurozone ist, bewegt sich je nach Abgrenzung zwischen rund 96 und über 100 Prozent des BIP, ein Niveau, das zuletzt in der Nachkriegszeit erreicht wurde.

Bemerkenswert ist dabei, dass keines der betrachteten Länder wieder auf sein Vorkrisenniveau aus dem Jahr 2019 zurückgefunden hat: Damals lag die Schuldenquote in Deutschland bei rund 59,6 Prozent, in Frankreich und Spanien bei jeweils rund 98 Prozent, in den USA bei rund 109 Prozent und im Vereinigten Königreich bei rund 85 Prozent des BIP. Die Pandemie hat also nicht nur einen einmaligen Schuldensprung ausgelöst, sondern die fiskalische Basis in allen fünf Volkswirtschaften dauerhaft auf ein höheres Niveau gehoben, von dem aus seither weiter zugelegt wird.

Abbildung 1: Öffentliche Schulden ausgewählter Länder in % des BIPs



Quelle: Fred (2026), Eurostat (2026), ONS (2026); eigene Darstellung

Der eigentliche Brandbeschleuniger in all diesen Fällen ist die Zinsentwicklung. Nach Jahren historisch niedriger, teils negativer Realzinsen mussten Staaten ihre auslaufenden Anleihen zuletzt zu deutlich höheren Kupons refinanzieren. Dieser Roll-over-Effekt wirkt mit Verzögerung, aber unerbittlich: Selbst, wenn Notenbanken wie die Fed oder die EZB die Leitzinsen inzwischen wieder senken, bleibt die durchschnittliche Verzinsung des Schuldenbestands noch längere Zeit erhöht, weil ältere, günstigere Anleihen sukzessive durch teurere ersetzt werden. Gleichzeitig sitzen hochverschuldete Staaten in einer Zwickmühle: Zinssenkungen lindern zwar kurzfristig den Druck, befeuern aber tendenziell auch wieder die Inflation, was die Notenbanken erneut zum Gegensteuern zwingen könnte. Steigt der Marktzins schneller als das nominale Wirtschaftswachstum, gerät die Schuldendynamik endgültig außer Kontrolle, ein Szenario, dem sich vor allem Frankreich, die USA und Großbritannien derzeit gefährlich annähern, während Deutschland und Spanien noch etwas mehr fiskalischen Spielraum besitzen.

Einen wunderschönen Tag wünscht Ihr

Kurt Neuwirth



Haftungs-, Datenschutz und Schutzrechtshinweise:

Die Informationen und Prognose zur aktuellen Zinsentwicklung dienen lediglich der aktuellen Information. Sie stellen weder ein Angebot noch eine Aufforderung zum Erwerb oder zur Veräußerung von Produkten oder zur Teilnahme an einer spezifischen Strategie in irgendeiner Rechtsordnung dar und basieren auf dem Wissensstand der mit der Erstellung betrauten Personen im Erstellungszeitpunkt. Diese Prognose wurde ohne Berücksichtigung der Zielsetzung, der finanziellen Situation oder der Bedürfnisse eines bestimmten Empfängers erstellt. Die Neuwirth Finance GmbH lehnt jede Haftung für Verluste aus der Verwendung dieser Informationen ab. Der Bericht enthält keinerlei Empfehlungen rechtlicher Natur oder hinsichtlich Investitionen, Rechnungslegung oder Steuern. Obwohl wir die von uns beanspruchten Quellen als verlässlich einschätzen, übernehmen wir für die Vollständigkeit und Richtigkeit der hier wiedergegebenen Informationen keine Haftung. Insbesondere behalten wir uns einen Irrtum in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben ausdrücklich vor.

Links auf fremde Webseiten: Inhalte fremder Webseiten, auf die wir direkt oder indirekt verweisen, liegen außerhalb unseres Verantwortungsbereiches und machen wir uns nicht zu Eigen. Für alle Inhalte und insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung der in den verlinkten Webseiten aufrufbaren Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der verlinkten Webseiten.

Urheberrechte und Markenrechte: Alle auf dieser Website dargestellten Inhalte, wie Texte, Fotografien, Grafiken, Marken und Warenzeichen sind durch die jeweiligen Schutzrechte (Urheberrechte, Markenrechte) geschützt. Die Verwendung, Vervielfältigung usw. unterliegen unseren Rechten oder den Rechten der jeweiligen Urheber bzw. Rechteinhaber.

Hinweise auf Rechtsverstöße: Sollten Sie innerhalb unseres Internetauftritts Rechtsverstöße bemerken, bitten wir Sie uns auf diese hinzuweisen. Wir werden rechtswidrige Inhalte und Links nach Kenntnisnahme unverzüglich entfernen.

Datenschutzhinweise: Wir schützen Ihre persönlichen Daten gemäß den Vorgaben der DSGVO. Wie wir diese verarbeiten, erfahren Sie in unserem Merkblatt zum Datenschutz, das Sie unter <https://www.neuwirth.de/rechtliches> abrufen können.

Datenschutzhinweise zum Newsletter: Sie empfangen unseren Newsletters mit Informationen auf Grund unserer Geschäftsbeziehung und/oder Ihrer vorhergehenden Einwilligung. Mit diesem Newsletter analysieren wir durch individuelle Messungen, Speicherungen und Auswertungen die Öffnungsraten und der Klickraten in Empfängerprofilen zu Zwecken der Gestaltung künftiger Newsletter entsprechend den Interessen unserer Leser. Die Einwilligung kann mit Wirkung für die Zukunft jederzeit durch die Abbestellung des Newsletters widerrufen werden.